



1987

Alternativer
Geschäftsbericht

über die Finanzierung der Apartheid
in Südafrika und Namibia
durch die

Dresdner Bank

Alternativer
Geschäfts-
bericht 1987

Dies ist der zweite „Alternative Geschäftsbericht“ über Aktivitäten der Dresdner Bank.

Er konzentriert sich auf Punkte, die der offizielle Geschäftsbericht der Dresdner Bank AG ausspart. Letzterer beschäftigt sich primär mit dem Unternehmensergebnis — allerdings weist er selbst in dieser Hinsicht „blinde Flecken“ auf. Der vorliegende „Alternative Geschäftsbericht“ rückt hingegen politische, soziale und wirtschaftliche Folgen der Aktivitäten der Dresdner Bank im Südlichen Afrika ins Blickfeld: „Alternativer Geschäftsbericht über die Finanzierung der Apartheid in Südafrika und Namibia durch die Dresdner Bank“.

Apartheid
„Verbrechen
gegen die
Menschlichkeit“

Warum die Beschränkung auf das Südafrika- und Namibia-Engagement der Bank? Transnationale Konzerne arbeiten schließlich oft in Ländern mit schlimmen Menschenrechtsverletzungen. Südafrika und Namibia aber sind besondere Fälle: Die Vereinten Nationen stellten 1973 Apartheid auf eine Stufe mit dem Hitler-Faschismus und verurteilten sie als „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“. Südafrika ist heute das einzige Land, in dem Rassismus verfassungsmäßig verankert ist. Diesen Rassismus praktiziert Südafrika auch in Namibia, das es völkerrechtswidrig als Kolonie verwaltet und militärisch besetzt hält.

Dresdner Bank-
Geschäfte mit
Apartheid gehen
weiter

Die Dresdner Bank ist stärker im Geschäft mit Apartheid-Südafrika und -Namibia engagiert als jedes andere bundesdeutsche Kreditinstitut. „Wir halten die Wirtschaftsbeziehungen mit Südafrika aufrecht“, sagte Herr Dr. Röller, Sprecher des Vorstandes der Dresdner Bank AG, auf der Hauptversammlung im Mai 1987. Trotz verbaler Ablehnung der Apartheid stärkt die Bank damit dem Regime in Pretoria den Rücken.

Südafrika ist seit September 1985 teilweise zahlungsunfähig; trotzdem gehen insbesondere die Export-/Import-Kreditgeschäfte der Dresdner Bank weiter. Der „Gold-Anlageplan“ ist — gewollt oder ungewollt — faktisch ein „Apartheid-Finanzierungsplan“; Goldwerbung und -verkauf kommt zum starken Maß der Apartheid zugute. Durch ihre Tochter SWABANK ist die Dresdner Bank an illegalem Rohstoff-Export aus Namibia beteiligt; von Abbau bis Uranverwendung bietet die Bank ihre Dienste der Uran- und Nuklearindustrie an.

„Umschuldung“
als Finanzquelle
für Apartheid-
Regierung

1986/87 schlossen 30 führende Gläubigerbanken — darunter die Dresdner Bank — ein Umschuldungsabkommen mit Südafrika. Seither fließen die gegenüber dem Ausland „eingefrorenen“ Gelder munter; nur nicht an die ausländischen Banken, sondern — über eine Sammelstelle — direkt an die südafrikanische Regierung. Die Dresdner Bank hatte im Umschuldungsabkommen einer entsprechenden Formulierung zugestimmt. Sie ist also mitverantwortlich dafür, daß dem Minderheitsregime in Pretoria große Kapitalmengen quasi „zur freien Verfügung“ gestellt werden.

Wie in anderen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien schon weitgehend geschehen, muß auch die Dresdner Bank durch Überzeugung, wenn nötig auch durch Druck ihrer Kunden und Aktionäre sowie der allgemeinen Öffentlichkeit dazu gebracht werden, ihre Verbindungen zu Südafrika und zu dem von ihm besetzten Namibia abzuberechen; hierzu will der „Alternative Geschäftsbericht“ einen Beitrag leisten.

Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“

Joachim Becker
Rosemarie Bolte
Helmut Paschlau
Doris Peschke
Sylta Stautner

März 1988

Herausgeber:

Arbeitskreis „Kein Geld für Apartheid“

Mailaden, Maistr. 29, 8000 München 2

Eigenverlag im Selbstvertrieb; Abdruck auch auszugsweise nur mit Zustimmung des Herausgebers.

Das besondere Engagement der Dresdner Bank in Südafrika: Finanzierung der Apartheid

„In der Tat sind es deutsche Banken, die in besonderer Weise im Südafrika-Geschäft engagiert sind, und die damit eine besondere Verantwortung dafür tragen, daß die südafrikanische Regierung die Notwendigkeit grundlegender Änderung der bisherigen Rassenpolitik erkennt“.
Jan Niemöller, Mitglied des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland

Südafrikas
Außenver-
schuldung
insgesamt

Ende 1985 betrugen Südafrikas Auslandsschulden bei internationalen Banken, dem internationalen Währungsfonds sowie durch Schuldverschreibungen etwa 67 Milliarden DM. Davon konnte Südafrika seither nur etwa zwei Milliarden DM abtragen.

Südafrikas Auslandsschulden 1985	Mrd. US-Dollar
bei	
Britischen Banken ¹	5,3
US-amerikanischen Banken ²	3,2
Französischen Banken ²	2,5
Bundesdeutschen Banken ²	2,0 (= 8,4%)
Schweizer Banken ³	1,8
Internationalem Währungsfond (IWF) ³	0,8
anderen	4,3
Schuldverschreibungen/Anleihen ³	3,8 (= 16,0%)
Summe ³	23,7 (= 100%)

¹ Juni 1985, ² Dezember 1985, ³ September 1985
Die Werte der einzelnen Gläubiger werden z.T. unterschiedlich angegeben.

Da es sich um kumulierte Zahlen handelt, wird der darin liegende Trend nicht deutlich:

- Die bundesdeutschen Banken sind beim Management der — national nicht aufgeschlüsselten — Schuldverschreibungen (Anleihen) mit südafrikanischen Schuldnern in einer international führenden Position.
- Während sich insbesondere us-amerikanische und britische Banken seit Anfang der 80er Jahre aus dem Südafrikageschäft zurückziehen (müssen), füllen bundesdeutsche und schweizer Banken die entstandenen Lücken.

Die Dresdner Bank AG und ihre ausländischen Töchter und Filialen spielen dabei eine wesentliche Rolle.

Anleihen

Bundesdeutsche Banken haben sich in stärkerem Maße im Südafrika-Anleihen-Geschäft als Manager oder Co-Manager engagiert, als es ihrer weltweiten Bedeutung entspräche; sie sind absolut führend. Unter den 20 international am stärksten engagierten Banken sind sechs bundesdeutsche.

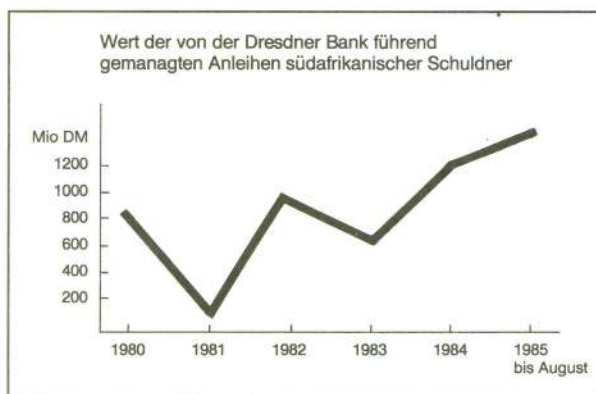
Anleihen für südafrikanische Schuldner 1972 bis 1984

Managerbanken aus	Anzahl der Anleihen	Wert der Anleihen (Mio US\$)
Bundesrepublik Deutschland	114	4561,1
Großbritannien	100	5414,7
Schweiz	100	3795,7
USA	84	4232,1
Frankreich	79	3518,1

Seit etwa 1978 haben sich bundesdeutsche Banken bei den Südafrika-Anleihen besonders hervorgetan: 1982 bis 1985 hatten sie bei knapp einem Drittel der öffentlich begebenen Anleihen mit einem Anteil von 82,7% des Gesamtwertes aller weltweit an Südafrika begebenen Anleihen die Konsortialführung inne. Noch 1985 — nur wenige Wochen vor Südafrikas Zahlungsunfähigkeit am 1. September 1985 — managten bundesdeutsche Banken 14 Anleihen im Wert von über zwei Milliarden DM. Seither ist keine öffentliche Anleihe eines südafrikanischen Schuldners bekanntgeworden.

Soweit bekannt ist die Dresdner Bank von 1980 bis 1985 an 33 Anleihen südafrikanischer Schuldner als Manager oder Co-Manager tätig gewesen. Dabei steigerte sie ihr Engagement seit 1982 deutlich. Die Dresdner Bank ist unter den international größten Anleihegeber-Banken für Südafrika auf Rang 5.

Dresdner Bank
gemanagte
Anleihen



Von den 33 Anleihen, die von der Dresdner Bank führend gemanagt wurden, nahmen

- fünf die weiße Minderheitsregierung,
- vier deren Post- und Telekommunikationsministerium DPT,
- zehn der staatliche Energiekonzern ESCOM (u.a. Betreiber des einzigen, der internationalen Kontrolle entzogenen Atomkraftwerks),
- sechs das staatliche Transportunternehmen SATS (Häfen, Flughäfen, Pipelines, Eisenbahn, Teile des Straßentransports),
- je eine der staatliche Stahlkonzern ISCOR und die staatliche Finanzierungsgesellschaft von Schlüsselindustrien IDC,
- sowie drei kommunale Schuldner und drei privatrechtlich organisierte Konzerne auf.

Wertmäßig gingen die Anleihen 1982 bis 1985 zu 92,1% direkt an den südafrikanischen Staat oder von ihm kontrollierte Einrichtungen. Diese Kapitalaufnahmen haben für Apartheid-Südafrika militärisch-strategische Bedeutung.

... für die Apartheid-Regierung und Staatsunternehmen

Noch im Juli 1985 managte die Dresdner Bank eine öffentliche Anleihe für einen südafrikanischen Schuldner — sechs Wochen vor der Zahlungsunfähigkeit Südafrikas, obwohl sie bereits im Mai von Aktionären auf die drohende Illiquidität Südafrikas hingewiesen wurde. Erst im Dezember 1987 wurde eine von der Dresdner Bank co-gemanagte 200 Millionen DM-Anleihe an ESCOM zum Börsenhandel zugelassen.

Inwieweit die Dresdner Bank seit 1985 an privatplazierten Anleihen südafrikanischer Schuldner beteiligt war, ist ebenso ungeklärt wie ihre mögliche Beteiligung an einer solchen Privatplazierung im Spätherbst 1987.

Kredite

Südafrikas Auslandsschulden aus Krediten bei bundesdeutschen Banken und Sparkassen inklusive deren Auslandstöchter und -filialen betrugen Ende 1985 etwa 4,83 Milliarden DM. Wegen der Rückzahlungsunfähigkeit für Kredite hat Südafrika diesen Betrag seither nur unwesentlich reduziert.

Dresdner Bank
führend

Südafrikas Auslandsschulden bei bundesdeutschen Banken und Sparkassen (1985)

Dresdner Bank ¹	1,20 Mrd. DM (= 24,8%)
Deutsche Bank ¹	0,78 Mrd. DM (= 16,2%)
Commerzbank ¹	0,45 Mrd. DM (= 9,3%)
alle anderen	2,40 Mrd. DM (= 49,7%)
Summe	4,83 Mrd. DM (= 2,0 Mrd. US\$)

¹ Angabe nach: SPIEGEL vom 16.9.1985

Ohne andere Zahlen zu nennen bestreitet die Dresdner Bank die Richtigkeit dieser Angaben. Das von der Bank oft strapazierte Bankgeheimnis verhindert darüberhinaus Detailangaben über die südafrikanischen Kreditschuldner. Andere Banken sind eher bereit, genauere Zahlen zu nennen.

Dresdner-
Kreditgeschäft
geht weiter
— trotz Zahlungs-
unfähigkeit
Südafrikas

Wie vom Vorstand der Dresdner Bank auf der Hauptversammlung 1987 zugegeben, gingen und gehen bestimmte Kreditgeschäfte — insbesondere bei der Außenhandelsfinanzierung — auch 1987 bis heute weiter. Dies betrifft ein Jahresvolumen von möglicherweise 50 bis 100 Millionen DM in 1987 — also nach der Erklärung der Zahlungsunfähigkeit für Kredite durch Südafrika.

„Wir halten unsere Wirtschaftsbeziehungen zu Südafrika aufrecht“, so Dr. Wolfgang Röllner, Sprecher des Vorstands der Dresdner Bank AG am 21. Mai 1987. Die südafrikanische Regierung zur zentralen Bedeutung dieser Kredite: „Wenn die Bankenwelt uns wirksam vom internationalen Handels- und Zahlungssystem ausschließen sollte, ... so würde uns das über Nacht zum Tauschhandel zwingen. Das ist der Muskel, den sie auf ihrer Seite haben.“ Die Dresdner Bank hat diesen Muskel nicht genutzt — im Gegensatz etwa zu us-amerikanischen und britischen Kreditinstituten.

„Partner der deutschen Wirtschaft“

Durch Eigen-Aktienbesitz und Ausübung der Depotstimmrechte konnte die Dresdner Bank AG über 59,24% der anwesenden Aktienstimmen auf ihrer eigenen Hauptversammlung am 13.5.1983 verfügen; alle Kleinaktionäre zusammen hatten nur 2,88% der Aktienstimmen.¹ Neuere Zahlen sind nicht bekannt.

Die Dresdner Bank ist mit wichtigen bundesdeutschen Firmen u.a. über Aktienbesitz, Depotstimmrecht und personelle Verflechtungen eng verbunden. Der „Finanzgruppe“ der Dresdner Bank sind insbesondere Krupp und die BMW-Quandtgruppe zuzurechnen. VW, Thyssen, Degussa, Metallgesellschaft und andere sind mit Deutscher Bank und Dresdner Bank eng verflochten. Alle genannten Unternehmen haben Investitionen in Südafrika getätigt, einige sogar ganz erheblich. Während sich insbesondere us-amerikanische Wirtschaftsunternehmen aus Südafrika zurückziehen (müssen), betonen gerade die bundesdeutschen Firmen ihr Verbleiben im Land der Apartheid.

Dresdner Bank
bestimmt Süd-
afrikageschäfte

Die „Partnerschaft“ der Dresdner Bank mit der bundesdeutschen Wirtschaft beschränkt sich also nicht nur auf die Vergabe von Export- und Investitionskrediten. Die Dresdner Bank bestimmt Art, Höhe und Richtung der Südafrikageschäfte der bundesdeutschen Wirtschaftsunternehmen entscheidend mit.

Umschuldungen mit Südafrika

Schon im Mai 1985 wurde der Dresdner Bank-Vorstand von Aktionären auf die möglicherweise drohende Zahlungsunfähigkeit Südafrikas hingewiesen und gefragt, wann wohl mit ersten Umschuldungsverhandlungen zu rechnen sei. Der Vorstand sah damals für Umschuldungen mit Südafrika keinerlei Anlaß. Im September 1985 stellte Südafrika einseitig die Rückzahlung von Krediten an ausländische Gläubigerbanken, darunter die Dresdner Bank ein.

Dresdner Bank
maßgeblich
beteiligt

Ohne wie sonst üblich internationale Clearingstellen einzuschalten verhandelten 1986 und 1987 die 30 führenden Gläubigerbanken — darunter die Dresdner Bank — unter Einschaltung eines „Vermittlers“ mit Südafrika. Seither fließen die „eingefrorenen“ Kreditrückzahlungen durchaus; nur nicht an die ausländischen Gläubigerbanken, sondern — über eine Sammelstelle — in den südafrikanischen Staatshaushalt, finanzieren also die weiße Minderheitsregierung in Pretoria ganz direkt. Einer entsprechenden Passage im Umschuldungsvertrag vom März 1987 hatte die Dresdner Bank zugestimmt.

Dresdner Bank:
Krügerrands...

Edelmetallgeschäft

„Ein Stück Sicherheit“ — das war jahrelang der Werbeslogan auch der Dresdner Bank für den südafrikanischen Krügerrand, das Symbol südafrikanischen Goldes. Wer heute aber einen Krügerrand an die Dresdner Bank zurückverkaufen will, bekommt weniger Geld als die Unze Gold wert ist, die in ihm steckt. Der Kunde, nicht die Dresdner Bank trägt den „Apartheid-Abschlag“.

Der Krügerrand-Import aus Südafrika in die EG-Länder ist verboten. Der Dresdner Bank-Handel mit Krügerrands geht weiter.

... jetzt
Gold-Anlageplan

Die Dresdner Bank wirbt seit 1986 zudem für einen Privatkunden-orientierten „Gold-Anlageplan“. Solche Goldgeschäfte kommen in erster Linie Apartheid-Südafrika zugute.

Präsenz in Südafrika

Die Dresdner Bank ist mit 12% an der ABECOR in Johannesburg beteiligt und unterhält damit — zusammen mit anderen Banken — eine Vertretung in Südafrika. Die Dresdner Bank besitzt ferner eine 100%-ige Vermögensverwaltungs-Tochter in Südafrika.

Im völkerrechtlich illegal verwalteten und von Südafrika militärisch besetzten Namibia besitzt die Dresdner Bank eine Tochterbank, die SWABANK mit Sitz in Windhoek.

Sonstige Stützung des Apartheid-Regimes

Finanziert
Dresdner Bank
die Homelands?

Bis heute nicht eindeutig geklärt ist die Rolle der Dresdner Bank bei Aufbau und Ausstattung der Development Bank of Southern Africa (Entwicklungsbank für das Südliche Afrika). Diese wurde seitens der Apartheid-Regierung gegründet, um die sogenannten „unabhängigen Nationalstaaten“ — also die südafrikanischen Reservate, Homelands genannt — wirtschaftlich zu stützen. Südafrikanischen Zeitungsberichten zufolge wurde die Dresdner Bank 1986 als einzige europäische Bank zu direkter und indirekter Beteiligung an Engagements der „Entwicklungsbank für das Südliche Afrika“ aufgefordert — und damit zur Stabilisierung des Kernstücks des Apartheid-Systems, der Homeland-Politik.

Dresdner Bank
finanziert
Apartheid-Partei

„Einmal im Jahr ... pflegte sich ... die Creme der deutschen Wirtschaft in Südafrika mit Ministern der Regierung Botha und Vertretern der regierenden Nationalen Partei zu treffen. Die Herren ... erörterten ... wie es für die Geschäfte beider Seiten nützlich war. ... Im Jahr 1986 gab es die Einladung zum Spitzengespräch nur gegen Vorkasse. Nach Eingang der Zahlung wurden ... (und) Dresdner Bank ... nach Kapstadt gebeten. ... Deutlicher kann man sich nicht mit dem Gesamtsystem (der Apartheid, AdV) identifizieren als durch Spenden an diejenigen, die es erfunden haben und unter allen Umständen bewahren wollen.“²

Vergleichbare Spenden im Jahre 1987 an die herrschende Nationale Partei haben im südafrikanischen Wahlkampf — nur für Weiße — eine große Rolle gespielt und wurden von der Nationalen Partei indirekt bestätigt.

Die Dresdner Bank weist die Vorwürfe, mit Spenden die weiße Regierungspartei zu finanzieren und so zur Stabilisierung des Apartheid-Regimes beizutragen, zurück. Eine Unterlassungsklage gegen die Urheber des Vorwurfs hat die Bank nicht angestrengt.

¹ Quelle: Dr. Hermannus Pfeiffer, Hamburger Institut für Sozialforschung.

² In den wichtigsten Auszügen zitiert aus: Günter Verheugen; Apartheid; Köln, 1986; Seite 88.

Gold: Eckstein der Apartheid-Wirtschaft

„Wir brauchen größtmöglichen Druck auf das Apartheidregime in allen Bereichen. Am wichtigsten sind umfassende Wirtschafts-sanktionen“

Cyril Ramaphosa, Generalsekretär der Bergarbeitergewerkschaft NUM

Dresdner-
„Gold-Anlageplan“
— im Interesse
Südafrikas

„Der bequeme Wege zum eigenen Goldvermögen“. Mit diesen Worten preist die Dresdner Bank ihren „Gold-Anlageplan“. Als besonderen Anreiz bietet sie den umsatzsteuerfreien Goldwerb in Luxemburg über die Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank AG — Dresdner Bank International. Ganz im Interesse Südafrikas.

Neue Werbestrategie
für Südafrikas Gold

Für Gold als Kapitalanlagemöglichkeit wirbt die südafrikanische Bergbauindustrie schon lange. Nachdem die Goldmünze „Krügerrand“ aber 1986 als Symbol für die Apartheid unter starken Druck des internationalen Boykotts geriet, ersann die südafrikanische Bergbauindustrie Abhilfe: Ihre Werbeagentur „International Gold Corporation Ltd“ wurde durch den „World Gold Council“ ersetzt, zu dem sich Bergbaugesellschaften aus den USA, Kanada, Australien, Brasilien, Japan, Fiji und — natürlich — Südafrika zusammengeschlossen haben. Als Hauptfinancier des „Rates“ hat Südafrika das Sagen. Von der Kooperation mit ausländischen Firmen erhoffen sich die Südafrikaner eine politisch weniger belastete Werbung für Gold und eine bessere Abwehr von Sanktionen gegen Apartheid-Südafrika auf dem Goldsektor. Das klappt ja auch ganz gut: Die Dresdner Bank wirbt — länderunspezifisch — für ihren „Gold-Anlageplan“.

Südafrikas Bergbaukonzerne und der Apartheid-Staat sind die Hauptbegünstigten eines verstärkten Goldabsatzes. Schließlich kommen etwa 45% der weltweiten Goldproduktion von dort. Südafrika bezog zum Beispiel 1986 40% seiner Exporteinnahmen aus dem ausländischen Goldhandel. Dollarverfall und Börsenkrach bedeuteten für den Apartheid-Staat einen warmen Regen: Der Goldpreis kletterte von 284 US\$ pro Unze im Februar 1985 auf etwa 500 US\$ Ende 1987; seither stagniert er. Eine solche Preisexplosion bedeutet eine Steigerung der Exporterlöse Südafrikas um 25%. Ein Viertel der Steuereinnahmen der Apartheid-Regierung kommt aus dem Goldsektor. Der Goldbergbau ist der „Eckstein der südafrikanischen Wirtschaft“.

Gold und
Apartheid

Der Aufstieg der südafrikanischen Bergbaukonzerne und die Herausbildung der Apartheid sind unauflöslich miteinander verbunden. Im südafrikanischen Goldbergbau zeigt sich auch heute der Charakter der Apartheid deutlich: 1986 beliefen sich die Gewinne der Goldminen auf 8,42 Milliarden Rand; sie schütteten Dividenden von insgesamt 2,54 Milliarden Rand aus. Im gleichen Jahr lag die Lohnsumme der 484 541 schwarzen Arbeiter mit 2,48 Milliarden Rand noch unter der Dividendensumme.

Der monatliche Durchschnittslohn der schwarzen Arbeiter im Goldbergbau erreichte mit 428 Rand nicht einmal ein Fünftel des Durchschnittslohnes der weißen Kumpel von 2307 Rand pro Monat. Fast alle schwarzen Bergleute müssen von ihren Familien getrennt in sogenannten „Wohnheimen“ leben; das sind Kasernen mit Beton-Betten. Allein 1986 kamen fast 600 Bergleute bei Arbeitsunfällen um; Sicherheit rangiert im südafrikanischen Bergbau ganz unten.

Auf die zahlreichen Streiks der schwarzen Arbeiter 1987 reagierten die Bergbaukonzerne in Südafrika — und auch in Namibia — mit Entlassungen, das Apartheid-Regime mit Unterdrückungsmaßnahmen. Während des dreiwöchigen Bergarbeiterstreiks im August 1987 wurden neun Arbeiter getötet und mehr als 500 verhaftet.

SWABANK als
Streikbrecher
eingesetzt

Zur „Abwehr“ der Streikenden setzte Südafrika nicht nur „Sicherheitskräfte“ ein; es machte sich auch die Banken dienstbar: Die südafrikanische Zentralbank wies 1987 die Banken in Südafrika und Namibia an, alle Transfers aus dem Ausland für die Bergarbeitergewerkschaft NUM zurückzuhalten und der Zentralbank zu melden. Dieses Streikbrecher-Gebot galt auch für die SWABANK, die Dresdner Bank-Tochter in Namibia. Jetzt will das Apartheid-Regime mit einem neuen Gesetz alle Auslandsspenden für Anti-Apartheid-Organisationen und Gewerkschaften unterbinden; dazu wird sie voraussichtlich auch die Banken einsetzen.

Im Februar 1988 verbot das Apartheid-Regime dem mächtigen Gewerkschaftsdachverband COSATU — und mit ihm auch der Bergarbeitergewerkschaft NUM — jede politische Tätigkeit. Beide hatten wiederholt umfassende Wirtschaftssanktionen gegen das Apartheid-System gefordert; dies wurde ihnen jetzt ausdrücklich untersagt.

In der Zwischenzeit kann man bei der Dresdner Bank südafrikanische Goldmünzen (Krügerrand, 2 Rand-Stück) und den „Platin noble“, Pretorias Platinmünze kaufen.

Umschuldung mit Südafrika: Zweierlei Maß

„Wir haben führende Banken aufgefordert, die Verlängerung der Tilgungsfristen für die Auslandsschulden abhängig zu machen vom Rücktritt des gegenwärtigen Regimes; davon, daß es ersetzt wird durch eine Regierung, die sich für alle Bürger verantwortlich fühlt“.

Bischof Desmond M. Tutu, Friedensnobelpreisträger, CF

Beyers Naudé, Generalsekretär des südafrikanischen Kirchenrats, Allan A. Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, 20.2.1986.

Dresdner Bank
maßgeblich
beteiligt

Als eine der Haupt-Financiers von Apartheid-Südafrika spielte die Dresdner Bank 1986 und 1987 eine wichtige Rolle bei den Umschuldungsverhandlungen zwischen Südafrika und den internationalen Gläubigerbanken.

US-amerikanische Banken brachten 1985 durch Verweigerung der sonst üblichen Verlängerung kurzfristiger Kredite Südafrikas Schuldenpyramide zum Einsturz; die Banken standen unter starkem Druck von Kunden, Aktionären und der amerikanischen Öffentlichkeit, die Sanktionen gegen Apartheid forderten. Daraufhin stellte Südafrika am 1. September 1985 die Rückzahlung seiner Kredite in Höhe von 23,7 Milliarden US-Dollar ein.

Ohne die sonst übliche Einschaltung des Internationalen Währungsfonds (IWF) handelten die 30 international wichtigsten Gläubigerbanken 1986 und 1987 eine Umschuldung durch Kreditverlängerung aus; die Dresdner Bank war an den Verhandlungen maßgeblich beteiligt. Sie gehörte zu jenen bundesdeutschen und Schweizer Banken, die — im deutlichem Gegensatz zu us-amerikanischen Kreditinstituten — für großzügige Umschuldungsbedingungen eintraten. Und das mit Erfolg: Weder 1986 noch 1987 machten die Banken die Umschuldung für Südafrika von der Erfüllung politischer Bedingungen abhängig — ganz im Gegensatz zur sonstigen Praxis bei „Dritte Welt“-Ländern.

Auch die finanzielle Seite der Abkommen war für den Apartheid-Staat sehr günstig. Im Übereinkommen vom 24. März 1987 wurde beispielsweise vereinbart, daß von den nicht zurückgezahlten Krediten 13 Milliarden US-Dollar bis Juni 1990 eingefroren bleiben; Südafrika braucht 1987 bis 1990 nur 13% der eigentlich fälligen ausländischen Kreditschulden zurückzuzahlen.

Das Umschuldungsabkommen ermöglicht ferner, kurzfristige Kredite in solche mit 10-jähriger Laufzeit umzuwandeln. Dadurch wird dem Apartheid-Staat eine lange Atempause eingeräumt. Die Rückzahlungsraten sind so festgelegt, da sie für Südafrika keine Belastung darstellen. Allein von Juli bis September 1987 wurden kurzfristige Kredite in Höhe von 441 Millionen US-Dollar auf diese Weise stillschweigend verlängert. Ob die Dresdner Bank von dieser für Apartheid-Südafrika lukrativen Umwandlungsform Gebrauch gemacht hat, ist noch nicht bekannt.

„eingefrorene“
Kredite fließen
an Apartheid-
Regierung
Dresdner mitver-
antwortlich

„Eingefroren“ sind die nicht zurückgezahlten Kredite übrigens nur gegenüber den ausländischen Gläubigerbanken: Die südafrikanischen Schuldner müssen diese Kredite bei Fälligkeit durchaus zurückzahlen — statt an die ausländischen Banken allerdings an eine südafrikanische staatliche „Sammelstelle“, den Public Investment Commissioner, welche die Gelder verwaltet. Eine Klausel des Umschuldungsabkommens vom März 1987 ermöglicht dieser Sammelstelle, das Kapital an die südafrikanische Regierung weiterzuverleihen. Was sie auch tut; die Regierung ihrerseits stellt diese Gelder in den Staatshaushalt ein und nutzt sie so zur Abdeckung ihrer Staatsausgaben. Durch Zustimmung zum Umschuldungsabkommen und damit zu dieser Regelung ist die Dresdner Bank mitverantwortlich, daß die Minderheitsregierung in Pretoria ganz direkt Kapital zur Finanzierung der Polizei für die Aufrechterhaltung der Apartheid, zum Führen von Kriegen in den Nachbarstaaten und zur militärischen Besetzung Namibias erhält.

Dresdner-
Investitionen in
Südafrika

Im Januar 1988 gab Südafrikas Finanzminister du Plessis bekannt, die Gläubigerbanken könnten ihre eingefrorenen Kredite in Kapitalbeteiligungen oder Immobilienbesitz umwandeln. Gleichzeitig beabsichtigt die südafrikanische Regierung die Privatisierung — also den Verkauf — staatlicher Unternehmen, insbesondere des Energiekonzerns ESCOM an Dritte. Damit steht den Banken das Angebot offen, durch Einkauf in derartige strategische Unternehmen ihre relativ unsicheren Kredite in langfristig reale Werte einzutauschen. Tatsächlich handelt es sich bei einer solchen „Umwandlung“ um eine Investition in eine Kapitalbeteiligung an südafrikanischen Unternehmen; Neuinvestitionen aber sind nach den EG-Sanktionen von 1986 verboten. Ob die Dresdner Bank eine der ersten Bewerberinnen für eine solche Kredit-in-Investition-Umwandlung ist, wird noch zu klären sein.

Im Fall Südafrika
Samthandschuhe ...

„Ein gutes Abkommen für Südafrika“ kommentierte der südafrikanische Zentralbankgouverneur de Kock die Umschuldungsübereinkunft vom März 1987. Aus Sicht der weißen Minderheitsregierung sicher; die dunkelhäutige Bevölkerungsmehrheit aber hat genau registriert, wer dem Apartheid-Regime erneut helfend unter die Arme gegriffen hat.

Außer im Fall Apartheid-Südafrika ist die Dresdner Bank bekannt für ihre harte Haltung gegenüber Schuldnerländern der „Dritten Welt“. Als das Deutsche Bank-Vorstandsmitglied Alfred Herrhausen 1987 „einen Forderungsverzicht gegenüber hoch verschuldeten Entwicklungsländern ... nicht grundsätzlich“ ausschloß und auch Neuregelungen bei Zinsen, Zinsmargen und Laufzeiten von Krediten ins Auge faßte, konterte der Dresdner Bank-Vorstandssprecher Dr. Wolfgang Röllner scharf: „Schuldenerlaß und Forderungsverzicht können die Banken aus gewichtigen Gründen nicht akzeptieren“. Anfang 1988 beispielsweise verdeutlichte die Dresdner Bank bei einer neuartigen Form der Umschuldung von Mexiko-Krediten durch Nicht-Anerkennung des wesentlich gesunkenen realen Wertes ihrer Auslandsschulden die rigorose ablehnende Haltung auch in der Praxis.

... bei „Front-
staaten“ härteste
Bedingungen

Während westliche und insbesondere bundesdeutsche Banken Apartheid-Südafrika mit Samthandschuhen anfassen, konfrontieren der Internationale Währungsfond (IWF) und die Weltbank — als Vorreiter der Banken bei Umschuldungen — die „Frontstaaten“ im Südlichen Afrika mit harten Bedingungen. Sie forderten von den Frontstaaten tiefe politische, wirtschaftliche und soziale Einschnitte. Diese mögen „sich grundsätzlich positiv auf das Geschäftsklima“ ausgewirkt haben; die „Sanierungsprogramme“ „sind aber in ihrer weiteren Akzeptanz nicht immer ungefährdet, da einzelne Programme soziale Härten mit sich bringen“, so die verharmlosende Darstellung der Dresdner Bank in ihrem Geschäftsbericht für 1986. Gewiß aber gingen sie an der Hauptursache für die Schuldenkrise der Länder im Südlichen Afrika — nämlich militärische Überfälle und Destabilisierung durch Südafrika bis hin zum offenen Krieg — vorbei.

Meist verstärkten die Forderungen von Weltbank, Internationalem Währungsfonds und — in deren Gefolge — westlichen Kreditinstituten den Destabilisierungsdruck. So kam es im Dezember 1986 im Frontstaat Zambia zu erheblichen Hungeraufständen gegen die vom IWF verordneten Maßnahmen; die Regierung wäre darüber fast gestürzt. Aus Londoner Insiderkreisen wurde bekannt, daß Zambia mit den überaus harten IWF-Bedingungen von seiner Forderung nach Südafrika-Sanktionen abgebracht werden sollte. 1987 konnte Zambia dann keine Umschuldung mit seinen Gläubigern erreichen.

Die Kredite Mozambiks schuldeten die Banken erst um, nachdem das Land „Wirtschaftsreformen“ einleiten und ein Abkommen mit IWF und Weltbank eingehen mußte. Der Regierung Angolas signalisierten westliche Gläubigerbanken 1987, an eine Umschuldung könne erst nach einem IWF-Beitritt gedacht werden; auch diesem Land wird möglicherweise kein anderer Weg als ein bankenfreundliches „Sanierungsprogramm“ offenbleiben. Aber zu einer wirtschaftlichen Gesundung Angolas — wie der gesamten Region im Südlichen Afrika — wird der Internationale Währungsfonds nicht verhelfen. Dafür wäre ein Ende der militärischen Aggression durch Apartheid-Südafrika unabdingbare Voraussetzung.

Westliche Kreditinstitute — darunter die Dresdner Bank — schulden aber lieber mit Apartheid-Südafrika um als mit dessen Nachbar- und Frontstaaten; da stimmt die Richtung.

Dresdner Bank: In Treue fest zur Kolonialherrschaft in Namibia. Im Urangeschäft vom Abbau bis zur Verwendung.

„Der Rat der Vereinten Nationen für Namibia . . . verfügt, daß keine natürliche oder juristische Person . . . befugt ist, innerhalb der territorialen Grenzen von Namibia . . . vorhandene Naturgüter tierischer oder mineralischer Herkunft . . . zu schürfen, . . . abzubauen, zu verarbeiten, . . . zu exportieren . . . ohne die Zustimmung des Namibia-Rates der Vereinten Nationen . . .“
Dekret Nr. 1, 1974

Dresdner Bank
1885 in „Deutsch-
Südwest“

Die Dresdner Bank ist kein Neuling in Namibia. Sie beteiligte sich bereits am 30. April 1885 an der Gründung der „Deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika.“

Bundesrepublik
hat keine diplo-
matische Vertre-
tung in Namibia
— trotzdem
investiert die
Dresdner Bank

Fast 100 Jahre später erneuerte die Dresdner Bank ihr koloniales Engagement: Ihre 99,9%-ige Luxemburger Tochter Compagnie Luxembourgeoise de la Dresdner Bank/Dresdner Bank International erwarb Ende 1980 über die Finanzierungsgesellschaft Société Financière pour les Pays d'Outre-Mer (SFOM), Paris/ Genf, 51% des Kapitals der SWABANK in Namibia. Die SWABANK war bis zu diesem Zeitpunkt die einzige Bank in Namibia, die von namibischen Interessen kontrolliert wurde; mit dem Dresdner Bank-Engagement erhielt sie den Zugang zum internationalen Kapitalmarkt.

Schwerwiegend sind die politischen Folgen des Namibia-Engagements der Dresdner Bank. Als sie die SWABANK-Mehrheit erwarb war ihr bekannt, daß die südafrikanische Besatzungsverwaltung in Namibia illegal ist: Seit 1966 widerspricht Südafrikas Anwesenheit in Namibia geltendem Völkerrecht. Noch heute halten Südafrikas Truppen das Land besetzt. Aus gutem Grund unterhält die Bundesrepublik Deutschland keine diplomatischen Beziehungen mit Namibia.

Die Dresdner Bank ist im Management der SWABANK vertreten. Nach der Übernahme wurde Joachim von Wittgenstein Managing Director der SWABANK. Er kehrte Ende 1985 in die Dresdner Bank-Niederlassung in Düsseldorf zurück und wurde durch Herrn Krause von der Dresdner Bank-Zentrale in Frankfurt ersetzt. Bis Ende 1984 leitete Michael Burger die Abteilung für Kredite und Anleihen der SWABANK; er kam in die Frankfurter Zentrale der Dresdner Bank zurück und wurde durch Klaus-Dieter Sutholt ersetzt.

1984 hatte die SWABANK 110 Mitarbeiter/innen. Laut Dresdner Bank-Vorstand sind (nur) 25% der SWABANK-Beschäftigten „nicht-weiß“, davon vier Schwarze. Das britische Wirtschaftsblatt African Business kommentierte diese Personalpolitik 1983 so: „Trotz Präsenz eines deutschen Managers und des Wissens, daß ihre Personalstruktur bei der Unabhängigkeit kaum akzeptabel sein wird, hat sie (die SWABANK, AdV) kein Ausbildungsprogramm“.

SWABANK
investiert in
Anleihen der
Apartheid-
Regierung

Die SWABANK zahlt Steuern an die illegale Verwaltung in Namibia. Sie hatte 1986 etwa zwei Millionen Rand auf von der Regierung Südafrikas vorgeschriebene Weise investiert: 1,5 Mio R in Anleihen der südafrikanischen Regierung, 0,025 Mio R in Anleihen des „namibischen Rates für Wasserwirtschaft“ und 0,45 Mio R in Anleihen der „Verwaltung von Südwestafrika/Namibia“. Anfang 1987 lag die Investitionssumme schon bei drei Millionen Rand.

Dies macht die Finanzierung des Apartheid-Regimes in Südafrika und Namibia und die Anerkennung der illegalen Verwaltung Namibias unmißverständlich deutlich. Denn mehr als 10% des namibischen Haushalts entfallen auf „Verteidigung“. „Verteidigt“ aber wird der koloniale Status Quo; „Verteidigung“ heißt nichts anderes als brutaler Kolonialkrieg gegen die namibische Bevölkerungsmehrheit und ihre Befreiungsbewegung South West Africa People's Organisation (SWAPO). Und Südafrikas Marionettenregierung in Namibia ist auf rassistischen Prinzipien gegründet, mit entsprechender Vermehrung von — rassistischen — „Regierungseinrichtungen“ nach dem Prinzip „Teile und Herrsche“. Das macht sie extrem kostspielig. Betriebliche Teile des namibischen Haushalts sind kreditfinanziert.

Namibia
überschuldet

„Was das heißt“ schreibt der südafrikanische Journalist Allister Sparks im Observer (4.9.83) „ist, daß ... die übernehmende schwarze Regierung, aller Wahrscheinlichkeit nach eine SWAPO-Regierung, sich in der Lage wiederfinden wird, ein bankrotttes Land zu übernehmen.“ Die Regierung eines unabhängigen Namibia, so die Meinung internationaler Experten, wäre allerdings nicht verpflichtet, die Schulden zu übernehmen, die die Besatzungsmacht Südafrika dem Land aufbürdet.

Nach der Übernahme durch die Dresdner Bank wurde die SWABANK zu einer vollen Geschäftsbank ausgebaut. 1982 erhielt sie die Lizenz zum Devisenhandel. Wie die Bankwerbung verdeutlicht, ist die (Außen-) Handelsfinanzierung seither eine der wichtigsten Geschäftssparten der SWABANK.

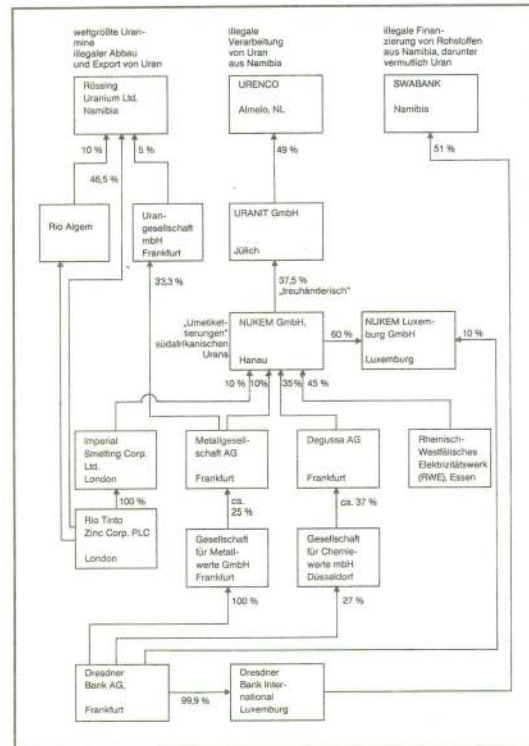
SWABANK:
Illegale Roh-
stoff-Export-
finanzierung

Namibias Exporte bestehen fast ausschließlich aus Rohstoffen. Der „Rat der Vereinten Nationen für Namibia“, die rechtmäßige Instanz für die Verwaltung des Territoriums, erließ schon 1974 ein Verbot, Rohstoffe aus Namibia ohne seine Zustimmung abzubauen und/oder zu exportieren. Die Rohstoffexporte aus Namibia sind nach diesem „Dekret Nr. 1“ völkerrechtswidrig. Über die SWABANK ist die Dresdner Bank an der illegalen Finanzierung von Rohstoffexporten aus Namibia beteiligt.

Dresdner Bank
an verbotenem
Uran-Export
beteiligt

Darüber hinaus ist sie an den verbotenen Rohstoffexporten selbst beteiligt: Über die Gesellschaft für Metallwerte mbH, Frankfurt, hält sie Anteile an der Metallgesellschaft AG, ebenfalls mit Sitz in Frankfurt. Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank, Dr. Röller, sitzt im Aufsichtsrat der Metallgesellschaft; umgekehrt sind Repräsentanten der Metallgesellschaft im Beirat Hessen der Dresdner Bank zu finden. Die Beziehungen sind sehr eng.

Die Metallgesellschaft ihrerseits besitzt ein Drittel des Kapitals der Urangesellschaft mbH, Frankfurt. Diese wiederum ist an der illegalen Ausbeutung namibischen Urans beteiligt: Sie hält 5% an Rössing Uranium Ltd in Namibia, die die weltgrößte Uranmine bei Swakopmund betreibt. Die Bundesrepublik bezieht — trotz Rohstoffexportverbot — etwa ein Drittel ihres Urans aus Namibia.



Gerichtsverfahren
wegen Namibia-
Uran

Der UNO-Rat für Namibia hat 1987 eine niederländische Firma, die URENCO in Almelo, wegen Verletzung des Dekrets Nr. 1, insbesondere wegen illegaler Verarbeitung von Uran aus Namibia verklagt. Mit 49% ist die URANIT GmbH, Jülich, wichtigste Anteilseignerin der URENCO; 37,5% ihres Kapitals wird von der NUKEM GmbH, Hanau „treuhänderisch“ gehalten. Bekanntlich wurde NUKEM Anfang 1988 wegen dubiosen Geschäftsgebarens die Betriebsgenehmigung entzogen. Die NUKEM-Gruppe beteiligte sich ferner an der „Umetikettierung“ von südafrikanischem Uran in Uran „us-amerikanischer“ Herkunft; damit half man, das us-amerikanische Importverbot namibischen und südafrikanischen Urans zu umgehen.

Auch hier enge Beziehungen zur Dresdner Bank: Sie ist auf mindestens zwei Wegen eng verflochten mit NUKEM und ihren Anteilseignern:

— via Gesellschaft für Metallwerte mbH und Metallgesellschaft AG
und

— via Gesellschaft für Chemiewerte und Degussa.

Der Vorstandssprecher der Dresdner Bank saß gleich bei drei der vier NUKEM-Eigentümer im Aufsichtsrat: beim Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (RWE), bei der Metallgesellschaft AG und der Degussa. Im Verwaltungsbeirat der Bank saßen 1986 wiederum Gert Becker, Vorstandsvorsitzender der Degussa und eng vertraut mit NUKEM, sowie Dr. Friedhelm Gieske, Vorstandsmitglied des RWE. Manfred Stephany, einer der NUKEM-Geschäftsführer, saß 1986 im Beirat Hessen der Dresdner Bank; er mußte nach Bekanntwerden der zahlreichen NUKEM-Skandale als erster seinen Hut nehmen. An der NUKEM-Tochter NUKEM Luxemburg GmbH war die Dresdner Bank direkt mit 10% Kapitaleinlage beteiligt.

Dresdner Bank
und NUKEM
eng verbunden

Die Dresdner Bank mußte über die Geschäftstätigkeit der NUKEM-Gruppe und über die NUKEM-Anteilseigner also bestens informiert gewesen sein. Derartig enge personelle und kapitalmäßige Verflechtungen lassen auf intensive Kredit- und Dienstleistungsbeziehungen der Dresdner Bank schließen. Vom Anfang der Nuklearkette bis zur Weiterverarbeitung unter anderem in Hanau steht die Bank der Uran- und Atomindustrie zur Verfügung.

Die Dresdner Bank im Kreuzfeuer der Kritik: Kein Geld für Apartheid !

„Wir werden nicht weiter mit Geld-
instituten zusammenarbeiten, die Kredite geben
an den südafrikanischen Staat oder Institu-
tionen, die zur Aufrechterhaltung der Apart-
heid beitragen.“
Evangelische Kirche im Rheinland, 1985

„Kein Geld für
Apartheid“
seit 1983

Seit 1983 finden anlässlich der jährlichen Hauptversammlung der Dresdner Bank AG Bankenaktionstage „Kein Geld für Apartheid“ statt. Die Dresdner Bank steht hierbei nur stellvertretend für alle Banken und Sparkassen, die in und mit Südafrika und Namibia Geschäfte machen.

Gab es 1983 in achtzehn Orten Aktionen zum Bankenaktionstag, so beteiligten sich auch im Mai 1987 wieder mehrere tausend Menschen in achtzig bundesdeutschen sowie zwanzig ausländischen Städten an vielfältigen und informativen Aktionen, um die Öffentlichkeit auf den Zusammenhang „Banken und Apartheid“ hinzuweisen.

Aktionen übers
ganze Jahr

Anlässlich des Deutschen Evangelischen Kirchentages im Juni 1987 fanden vielerlei Aktionen in Frankfurt vor den Großbanken-Zentralen und deren Filialen — auch der Dresdner Bank — statt. Auf der größten bundesdeutschen Anti-Apartheid-Demonstration forderten prominente Rednerinnen, darunter der Vorsitzende der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, Günther Volkmann, die Beendigung der Banken-Geschäfte mit Südafrika und Namibia.

Zum „Weltspartag“, 30.10.1987, unterzeichneten mehrere hundert Personen und Organisationen eine Anzeige gegen Bankengeschäfte mit Apartheid in einer überregionalen Tageszeitung. An mehreren Orten fanden an diesem Tag — wie auch kurz vor Weihnachten oder übers ganze Jahr verteilt — Öffentlichkeitsaktionen vor Banken-Filialen statt.

„Kritische Dresdner
Bank-Aktionäre“

Trotz jetzt mehrjährigen Auftretens der „Kritischen Dresdner Bank-Aktionäre“ ist die Atmosphäre in den Hauptversammlungen gleichbleibend gespannt; die Verhandlungsleitung ist parteiisch. Die „Kritischen“ handeln streng nach ihren Rechten und Pflichten nach Aktiengesetz; sie wollen nicht provozieren, sondern informieren und überzeugen. Inzwischen vertreten Sie die Antrags-, Rede- und Stimmrechte aus mehreren tausend Aktien.

Als Esther Bejarano, die selbst in den Konzentrationslagern Auschwitz-Birkenau und Ravensbrück inhaftiert war, auf der Hauptversammlung 1987 nicht nur über das Apartheid-geschäft der Dresdner Bank, sondern — im Vergleich — auch über ihre Aktivitäten während des Hitler-Faschismus sprach, wurde sie vom Versammlungsleiter rüde unterbrochen. Auf die Forderung nach Beendigung des Apartheid-Engagements durch die „Kritischen Dresdner Bank-Aktionäre“ — 1987 u.a. Elisabeth Beyersdörfer, Vorsitzende der Evangelischen Frauenarbeit in Deutschland, Manfred Rieken, Vorstandsmitglied des Deutschen Gewerkschaftsbundes im Landesbezirk Hessen, und Helmut Paschla vom Arbeitskreis Kein Geld für Apartheid — reagierte der Vorstandssprecher der Bank wie in den Vorjahren: Die Geschäftsbeziehungen mit Südafrika und Namibia wurden fortgesetzt.

Kundenverluste
für die Dresdner
Bank wegen
Apartheid-
Geschäften

Das hartnäckige Festhalten am Südafrika- und Namibia-Geschäft hat für die Dresdner Bank nicht nur Imageverluste, sondern auch finanzielle Nachteile zur Folge; sie verliert zunehmend an Kunden. Dem Beispiel der Dresdner Bank-Kontokündigung durch den Ökumenischen Rat der Kirchen folgten in den späteren Jahren ungezählte Organisationen und Privatkunden (siehe auch „Alternativer Geschäftsbericht 1986“).

Im vergangenen Geschäftsjahr 1987 beschloß die Bremer Evangelische Kirche, frei werdende Gelder nicht mehr bei Banken anzulegen, die mit Südafrika Geschäfte machen; die Dresdner Bank gehört dazu. Im gleichen Jahr beschloß die Evangelische Kirche von Hessen und Nassau, ihre Bankverbindungen anhand der Kriterien des Ökumenischen Rates zu überprüfen; die Dresdner Bank entspricht diesen ethischen Kriterien nicht.

Allein 1987 kündigten unter anderem die Kirchenkreise Wolfsburg und Andernach am Rhein, die Höchster Dekanatsynode sowie die Kirchenbezirke Zuffenhausen und Göppingen ihre Geschäftsbeziehungen mit der Dresdner Bank wegen deren Südafrika- und Namibia-Engagements.

Dresdner Bank
soll Apartheid
Geschäfte beenden
— wie schon
us-amerikanische
und britische
Banken

Es besteht kein Zweifel, daß — gerade nach dem Signal der Kündigung des Deutsche Bank-Kontos durch den Deutschen Evangelischen Kirchentag — die Zahl gekündigter Dresdner Bank-Konten zunehmen wird. Ebenfalls 1987 hat der Deutsche Gewerkschaftsbund die Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland zu einem Boykott südafrikanischer Waren aufgefordert und dabei auch die Geschäftspolitik bundesdeutscher Banken und Sparkassen kritisiert. Nach der Reise des Bundespräsidenten von Weizsäcker Anfang 1988 ins Südliche Afrika hat auch Bundesaußenminister Genscher Sympathie und Verständnis für diejenigen BürgerInnen geäußert, die Boykottmaßnahmen durchführen.